

Wanderarbeiter und Hochqualifizierte

CHINAS MIGRATIONSPOLITIK UNTER DRUCK

Maren Opitz

TEIL I: MIGRATION

Der politische und wissenschaftliche Diskurs über Migration in Verbindung mit China bezieht sich insbesondere auf das Phänomen chinesischer Binnenmigration. Im Jahr 2009 erreichte die Zahl der sogenannten Wanderarbeiter¹ staatlichen Quellen zufolge einen Höchststand von 211 Millionen.² Die Anzahl längerfristig (mindestens sechs Monate) in der Volksrepublik lebender Ausländer wurde offiziell zuletzt mit knapp 540.000 angegeben.³ Die chinesische Diaspora besteht aus etwa 45 Millionen ethnischen Chinesen^{4,5}

1. Binnenchinesische Land-Stadt-Migration

1.1 Die Ausgangssituation

Als die Volksrepublik China (VR China) im Jahr 1949 gegründet wurde, leitete die politische Führungsriege um Staats- und Parteichef Mao Zedong Maßnahmen zur rapiden Industrialisierung des Landes ein, welche – ganz nach sowjetischem Vorbild – mit dem Aufbau der Schwerindustrie in den Städten begann. Um einen befürchteten Exodus der Landbevölkerung in die urbanen Regionen des Landes zu verhindern, entwickelte die Regierung in den fünfziger Jahren das sogenannte *Hukou*-System: eine staatliche Wohnsitzkontrolle zur Mobilitätssteuerung der Bevölkerung. So unterscheidet man bis zum heutigen Tag ländliche und städtische *Hukous* (Wohnsitzregistrierungen) und koppelt ausschließlich den letzteren Status an das Recht auf soziale Absicherung. Traditionell richtete sich die Zuteilung eines *Hukous* nach dem Geburtsort der Mutter. Umzüge in den urbanen Raum waren ab 1958 nur mit behördlicher Genehmigung erlaubt. Die starke Regulierung und Kontrolle von Migrationsströmen besteht bis ins 21. Jahrhundert fort. Eine Aufenthaltsgenehmigung ist nicht ohne Weiteres zu erhalten, für eine legale Niederlassung in der Stadt ist sie allerdings Voraussetzung.

Die Implementierung des *Hukou*-Systems legte den Grundstein für die Herausbildung einer Zwei-Klassen-Gesellschaft: Die städtische Bevölkerung sollte Beschäftigung im industriellen Sektor finden und Zugang zu (wenn auch nur rudimentären) sozialen Sicherungssystemen erhalten, während die Landbevölkerung zur Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse (nach staatlichen Planvorgaben) angehalten war, die nicht nur den Eigenbedarf decken mussten, sondern darüber hinaus zur Förderung der Industrialisierung eingesetzt wurden.

Erst als einzelne Städte in den siebziger Jahren einen erhöhten Arbeitskräftebedarf verzeichneten, wurde das *Hukou*-System für die betroffenen Gebiete partiell gelockert und der Mangel an Arbeitern durch das gezielte Hinzuziehen ländlicher Arbeitskräfte kompensiert. Der *Hukou*-Status dieser „temporären Vertragsarbeiter“ wurde allerdings beibehalten und damit auch die Benachteiligungen gegenüber den städtischen Arbeitern.⁶

Mit Mao Zedongs Tod im September 1976 begann eine neue Ära der Reformen, die von Deng Xiaopings⁷ Öffnungs- und Modernisierungspolitik geprägt war. Zu dieser Zeit lebten 82 Prozent der chinesischen Bevölkerung auf dem Land.⁸ Immer größere Teile der Landbevölkerung waren aufgrund fortschreitender Mechanisierung von Arbeitslosigkeit betroffen oder zumindest durch sie bedroht, so dass die Zentralregierung den Bauern ab 1983 den Verkauf überschüssiger Produkte außerhalb der eigenen Heimatdörfer genehmigte. Ein Jahr später wurden potenzielle ländliche Arbeitskräfte explizit dazu aufgefordert, freie Stellen in den in kleineren Städten gelegenen genossenschaftlichen Unternehmen (TVEs = township and village enterprises) zu besetzen. 1988 wurde schließlich ein Gesetz implementiert, das die Niederlassung in Großstädten zum Zwecke der Aufnahme einer Selbständigkeit oder einer Beschäftigung in dort ansässigen Unternehmen erlaubte – vorausgesetzt, die eigenständige Versorgung mit Lebensmitteln war garantiert.⁹

Die wirtschaftliche Neuausrichtung unter Deng Xiaoping, die in den frühen achtziger Jahren zunächst die Dezentralisierung der landwirtschaftlichen Produktion bedeutete und ab 1984 die Implementierung marktwirtschaftlicher Instrumente sowie die wirtschaftliche Öffnung nach außen mit sich brachte,¹⁰ hatte den Bedarf an industriellen Arbeitern in vielen urbanen Regionen erhöht.¹¹ In der an der südchinesischen Küste gelegenen Sonderwirtschaftszone Shenzhen etwa mach-

ten ländliche Arbeitskräfte Mitte der neunziger Jahre drei Viertel aller Stadtbewohner aus.¹² Zu jener Zeit waren viele TVEs jedoch einer harten Konkurrenz durch restrukturierte Staatsunternehmen ausgesetzt und begannen die Einstellung von Personal deutlich zurückzufahren, was einen erneuten Überschuss an ländlichen Arbeitskräften zur Folge hatte.¹³ Die Lage in den chinesischen Großstädten war zum Teil ebenfalls prekär: 1998 sah sich Beijing aufgrund steigender Arbeitslosigkeit unter der urbanen Bevölkerung zum Erlass einer Richtlinie gezwungen, die ländlichen Arbeitnehmern die Aufnahme bestimmter Jobs untersagte und städtische Bewohner bei der Einstellung bevorzugte.¹⁴

Aufgrund eben dieser von Region zu Region oft unterschiedlichen Bedingungen waren die Lokalregierungen bereits in den frühen neunziger Jahren von der Zentralregierung dazu ermächtigt worden, selbst über Richtlinien zur Beschäftigung von ländlichen Arbeitskräften zu entscheiden.¹⁵

Seit Mitte der neunziger Jahre bilden chinesische Arbeitsmigranten das Rückgrat der chinesischen (Export)wirtschaft. Ihre Bedeutung für den wirtschaftlichen Aufschwung des Reichs der Mitte ist nicht von der Hand zu weisen: Im Jahr 2007 betrug der Anteil dieser Erwerbsgruppe am Bruttoinlandsprodukt von Shanghai und Beijing schätzungsweise 31 Prozent bzw. 30 Prozent.¹⁶ Im selben Jahr handelte es sich bei insgesamt 46,5 Prozent aller städtischen Beschäftigten um Arbeitsmigranten aus ländlichen Gebieten.¹⁷ Auch im 21. Jahrhundert wachsen der industrielle Sektor und die Dienstleistungsbranche, während die chinesische Landwirtschaft weiter an Bedeutung verliert. Folglich lag die Urbanisierungsrate Ende 2009 bereits bei 46,6 Prozent, 620 Millionen Menschen wohnten damit in Städten und Gemeinden. Die chinesische Akademie der Sozialwissenschaften geht davon aus, dass die Urbanisierungsrate bis 2015 auf 52 Prozent ansteigen wird.¹⁸ Dieser Trend wird nicht zuletzt von der vergleichsweise rückständigen gesamtwirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des chinesischen Westens beeinflusst, die unter anderem mit einem starken Einkommensgefälle zwischen urbanen und ländlichen Regionen einhergeht.¹⁹ Die chinesische Regierung versucht seit dem Jahr 2000 mit der Implementierung der „Go-West-Strategie“, den ökonomischen und gesellschaftlichen Diskrepanzen zwischen Westen und Osten entgegenzuwirken. Sie sieht u.a. den Ausbau der Infrastruktur, die Förderung ausgewählter Wirtschaftszweige sowie die Forcierung von ausländischen Investitionen in den entsprechenden Provinzen vor.²⁰

1.2 *Migrantenprofil*

1.2.1 *Herkunfts- und Zielregionen*

Im Jahr 2004 kamen 40 Prozent aller Wanderarbeiter aus Zentralchina, 27 Prozent aus Westchina und 33 Prozent aus dem wirtschaftlich vergleichsweise hoch entwickelten Osten. Die Bevölkerungszahlen der einzelnen Provinzen unterscheiden sich mitunter deutlich. Die Anzahl von Wanderarbeitern aus einer Provinz ist in der Regel proportional zu deren Einwohnerzahl.²¹

Im Jahr 2004 zog es 16 Prozent aller Arbeitsmigranten nach West-, 14 Prozent nach Zentralchina. Die ostchinesischen Küstenregionen sind damit der größte Absorbant chinesischer Wanderarbeiter (70 Prozent). Hier liegen die acht Provinzen mit dem größten Anteil an ländlichen Arbeitern: Guangdong, Zhejiang, Jiangsu, Shandong, Shanghai, Fujian und Hebei. Mit circa 28 Prozent (34 Millionen-Menschen) nahm Guangdong im Jahr 2004 mit Abstand am meisten Wanderarbeiter auf.²² Nachdem im Zuge der Wirtschaftskrise vorübergehend eine erhöhte Arbeitslosigkeit unter den Arbeitsmigranten zu verzeichnen war (bis zu 20 Millionen verloren ihren Job), kämpfen etliche Unternehmen in Südchina heute gegen den fortschreitenden Personalmangel. Insbesondere die Provinz Guangdong ist betroffen. Hierher kommen etwa 30 Prozent aller Exportgüter der Volksrepublik. Viele Unternehmen beklagen, dass etliche Migranten nach dem Frühjahrsfest²³ im Februar 2010 nicht in die Fabriken zurückgekehrt seien.²⁴ Fakt ist, dass die klassischen Muster chinesischer Binnenmigration zunehmend komplexer werden. Im Zuge zunehmender Industrialisierung und Urbanisierung einiger Teile West- und Zentralchinas tun sich auch hier neue Beschäftigungsmöglichkeiten auf. Zwar ist das Lohnniveau niedriger als in den Küstenstädten. Dafür sind die Mieten jedoch günstiger und die Distanz zur Familie ist mitunter geringer.²⁵

1.2.2 *Alter, Bildung und Geschlecht der Migranten*

Die meisten Wanderarbeiter sind relativ jung. Im Jahr 2004 waren 45 Prozent jünger als 26 Jahre, lediglich 16 Prozent älter als 40.²⁶ Kinder und Partner sind kein generelles Wanderungshemmnis. 2005 lebten 23 Millionen Kinder ohne einen oder gar beide Elternteile in ihren ländlichen Heimatgebieten,²⁷ neue Studien gehen sogar von 58 Milli-

onen Zurückgelassenen aus.²⁸ Derzeit lässt sich ein Trend zur Familienwanderung beobachten, der u.a. an die Hoffnung auf verbesserte Bildungschancen für die Kinder geknüpft ist.²⁹ Das Verhältnis von Männern und Frauen unter den Wanderarbeitern wird in der Literatur häufig mit 3:1 angegeben. Allerdings gibt es auch Arbeiten, die von einer Feminisierung chinesischer Binnenmigration sprechen. Gerade in der verarbeitenden Industrie seien Frauen gefragt, u.a. weil ihnen weniger Gehalt gezahlt werden könne als männlichen Kollegen. 2003 seien 51 Prozent der Wanderarbeiter männlich, 49 Prozent weiblich gewesen. Kulturelle Muster würden sich verändern, insbesondere die Rolle der Frau, die traditionell diejenige sei, die sich um Kinder und kranke Elternteile kümmere. Heute sei die Akzeptanz für migrierende Frauen, die Familienangehörige zurücklassen, um diese mitzufinanzieren, deutlich gestiegen.³⁰

Bei der wandernden Landbevölkerung handelt es sich zumeist um die – im ländlichen Kontext gesehen – gut Ausgebildeten (im städtischen Vergleich ist der Bildungsstand allerdings weiterhin niedrig). 2004 hatten 65 Prozent der Wanderarbeiter die neunjährige Schulpflicht durchlaufen, 18 Prozent zumindest einen Teil der sechsjährigen Grundschule. Lediglich 17 Prozent der Migranten hatten weiterführende Bildungsmöglichkeiten in Anspruch genommen.³¹ Die momentane Datenlage erlaubt die Vermutung, dass männliche Migranten durchschnittlich sechs, weibliche vier Jahre lang in urbanen Städten arbeiten, wobei sich laut der International Labour Organization³² (ILO) ein Trend zu verlängerten Verweildauern abzeichne.

1.2.3 Gründe für Migration und Neuansiedlung

Es liegt nahe zu vermuten, dass regionale Ungleichheiten in West-, Zentral- und Ostchina in Bezug auf Einkommen und Zugang zu Bildungs- und sozialen Sicherungssystemen Anreize zur Migration geben. Das starke Einkommensgefälle zwischen städtischen und ländlichen Regionen sowie Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung auf dem Land sind häufig zitierte ökonomische Gründe für chinesische Binnenmigration. In der Tat liegen die Gehälter in urbanen Regionen häufig um ein Vielfaches über dem in der Landwirtschaft erzielten Einkommen.³³ Allerdings kann nicht auf das „Armsein“ allein abgestellt werden. So sind es nicht – wie oft vermutet – die Ärmsten der Armen, die die ländlichen Gegenden verlassen, da notwendige Informationskanäle und das nötige Maß an Selbstvertrauen fehlen.³⁴

ILO weist darauf hin, dass sich die Motive für Migration entlang demografischer Faktoren differenzieren lassen: Jüngere Migranten würde es insbesondere aufgrund bestimmter *Pull*-Faktoren in die Städte ziehen, darunter u.a. die erwartete höhere Bezahlung, bessere Möglichkeiten der Persönlichkeitsentfaltung und die Attraktivität des Urbanen, das insbesondere durch das unlängst auch auf dem Land zugängliche Fernsehen in die ländlichen Haushalte Einzug erhalten hat. Für ältere Migranten, ebenso wie für einen großen Teil der weiblichen Landbevölkerung, spielten eher *Push*-Faktoren eine Rolle. Landknappheit oder allgemein schwierige Lebensbedingungen begründen in dieser Gruppe häufig die Entscheidung, in den urbanen Raum zu ziehen.³⁵

1.2.4 Tätigkeitsfelder und Berufswahl

Viele Wanderarbeiter sind nicht offiziell registriert, arbeiten im informellen Sektor und wechseln häufig ihre Jobs. Dennoch geht ILO unter Berücksichtigung verschiedener Untersuchungen davon aus, dass 25 Prozent der Wanderarbeiter im Baugewerbe, 24 Prozent in der verarbeitenden Industrie, 20 Prozent im Groß- und Einzelhandel sowie der Gastronomie und 18 Prozent im Dienstleistungssektor tätig sind.³⁶ Die letzte Volkszählung aus dem Jahr 2000 ergab, dass 68 Prozent aller Arbeitsplätze in der verarbeitenden Industrie von Wanderarbeitern besetzt sind, im Baugewerbe sogar 80 Prozent. Jobs im Service-Sektor werden zu mehr als 50 Prozent von ländlichen Arbeitskräften übernommen, die Tendenz sei gerade in diesem Sektor steigend.³⁷

52 Prozent aller Wanderarbeiter sind selbstständig (städtische Arbeitnehmer nur zu zwölf Prozent). Lediglich zwölf Prozent der Arbeitsmigranten gehen einem Job im öffentlichen Sektor nach, zu dem Regierungsstellen sowie staatliche und genossenschaftliche Betriebe zählen. Hier sind nahezu 70 Prozent der städtischen Arbeitskräfte beschäftigt.³⁸

Die chinesische Regierung räumt privaten und von Ausländern investierten Unternehmen³⁹ größere Freiräume in Bezug auf die Beschäftigung von ländlichen Arbeitskräften ein als Staatsbetrieben. Die Beschäftigung von ländlichem Personal ist für private Unternehmer insofern reizvoll, als relativ niedrige Löhne gezahlt werden können⁴⁰ und häufig kein Anspruch seitens der Arbeitnehmer auf Sozialleistun-

gen besteht.⁴¹ Wanderarbeiter werden insbesondere in jenen Industrien eingesetzt, in denen die lokale Bevölkerung nicht gerne arbeitet.⁴² Dabei geht es häufig um die Verrichtung von Arbeiten, die durch die „3 Ds“ gekennzeichnet sind: „*dangerous, dirty, difficult*“ (gefährlich, dreckig, schwierig).⁴³ Neue Arbeitsplätze entstehen in China zu zwei Dritteln bis drei Vierteln im informellen Sektor, in dem 2006 bereits 80 Millionen Menschen beschäftigt waren. Viele Lokalregierungen dulden das Zurückstellen von Arbeiterrechten und die Verweigerung von Zahlungen in soziale Sicherungssysteme, um für potenzielle Investoren attraktiver zu sein.⁴⁴ Im Jahr 2005 handelte es sich bei 84 Prozent aller im informellen Sektor Beschäftigten um Wanderarbeiter.⁴⁵

Der Zugang zum formellen Sektor bleibt vielen Arbeitsmigranten aufgrund ihrer vergleichsweise niedrigen Bildung verwehrt. Studien zu Trainings- und Schulungsmaßnahmen zeigen, dass sich eine bessere Ausbildung letztlich im Einkommen widerspiegelt. Allerdings haben viele Firmen aufgrund der hohen Fluktuation unter den Migranten wenig Anreize, diese zu schulen.⁴⁶ Die Aufnahme von regulären Jobs wird auch dadurch erschwert, dass 95 Prozent der Wanderarbeiter ihren Arbeitgeber über informelle Netzwerke vermittelt bekommen, d.h. durch Freunde und Bekannte oder auf Eigeninitiative. Weniger als ein Prozent suchen Hilfestellungen bei Regierungsstellen und lediglich zwei Prozent wenden sich im Rahmen der Jobsuche an öffentliche Arbeitsvermittlungsstellen.⁴⁷

1.3 Problemlagen der ländlichen Arbeitskräfte

1.3.1 Einkommensunterschiede und -unsicherheiten

Im Vergleich zu ihren städtischen Kollegen verdienen ländliche Arbeitskräfte für die Verrichtung gleicher Tätigkeiten mitunter nur die Hälfte. Eine Studie aus dem Jahr 2005 in fünf chinesischen Großstädten zeigte, dass die täglichen Arbeitszeiten von Wanderarbeitern ebenfalls länger sind (10,8 Stunden im Gegensatz zu 8,9 Stunden), so dass sich Einkommensunterschiede bei Betrachtung des Stundenlohnes noch vergrößern.⁴⁸ Im Jahr 2002 verdiente 64 Prozent der Migranten weniger als 100 US-Dollar pro Monat. Zwar gibt es in der Volksrepublik Mindestlöhne, diese variieren allerdings von Region zu Region und sind mancherorts überdurchschnittlich niedrig angesetzt. 2007 gab das National Bureau of Statistics bekannt, dass die Durch-

schnittslöhne von Wanderarbeitern im Jahr 2006 um zehn Prozent gestiegen waren.⁵⁰ Dieser Trend setzt sich fort, wie zuletzt die Gehaltserhöhungen von Foxconn und Honda zeigten, deren Fabrikarbeiter auf dem chinesischen Festland in jüngster Vergangenheit wiederholt gestreikt hatten.⁵¹ Bestehen bleibt allerdings das Problem um Lohnrückstände, das insbesondere im Baugewerbe zu beobachten ist. 2006 hatten 32,4 Prozent der in dieser Branche beschäftigten Migranten ihr Gehalt nicht fristgerecht erhalten.⁵² Zehn Prozent aller Wanderarbeiter erhalten ihre Löhne mit bis zu siebenmonatiger Verzögerung.⁵³ 79 Prozent der Wanderarbeiter (2004) haben keinen schriftlichen Arbeitsvertrag und damit schlechte Ausgangspositionen bei Streitigkeiten über Gehaltszahlungen. Fast 98 Prozent der Wanderarbeiter wechseln ihren Job nach Ankunft in den Städten mindestens einmal. Zum einen aufgrund der hohen Konkurrenz im informellen Sektor, zum anderen wegen Uninformiertheit über die tatsächlichen Arbeitsbedingungen bei Beschäftigungsbeginn. Für viele der unqualifizierten Migranten ist der Wunsch nach einer besseren Bezahlung das Hauptmotiv für einen raschen Wechsel der Arbeitsstelle (41 Prozent).⁵⁴

1.3.2 Lebens- und Arbeitsbedingungen

Eine Umfrage des *National Bureau of Statistics* aus dem Jahr 2006 ergab, dass fast die Hälfte aller Arbeitsmigranten in Unterküften ohne eigene Küchen und WCs untergebracht sind. In Schlafsälen leben 30,4 Prozent der Wanderarbeiter, in Arbeitsbaracken 6,5 Prozent und direkt auf dem Baustellengelände 7,8 Prozent.⁵⁵ Überfüllte Räumlichkeiten, mangelhafte sanitäre Bedingungen und fehlende Heizungen und Klimaanlage kennzeichnen den Wohnalltag dieser Menschen, die in erhöhter Gefahr sind, sich mit Krankheiten wie Tuberkulose zu infizieren.^{56 57}

Viele Wanderarbeiter sind an ihrem Arbeitsplatz erheblichen Sicherheits- und Gesundheitsrisiken ausgesetzt. Im Jahr 2004 stieg die Zahl der Todesfälle am Arbeitsplatz von 100.000 im Jahr 2000 auf 136.000. Bei 80 Prozent der Unfallopfer mit Todesfolge in Minen, im Bauwesen und in Chemie-Fabriken handelt es sich um Wanderarbeiter, bei 90 Prozent der Patienten mit Erkrankungen, die in Zusammenhang mit dem Arbeitsumfeld stehen, ebenfalls. Politische Maßnahmen zur Verbesserung dieser Umstände haben bisher keinen nachhaltigen Erfolg mit sich gebracht.⁵⁸

Zwar sieht die chinesische Regierung die Angleichung der sozialen Sicherungssysteme der städtischen Bevölkerung an die der ländlichen vor. In der Praxis werden Wanderarbeiter jedoch weiterhin benachteiligt und ausgegrenzt,⁵⁹ da der Staat bisher versäumt, Arbeitgeber flächendeckend ausreichend in die Pflicht zu nehmen und durchzusetzen, sie tatsächlich ins Rentensystem, in Arbeitslosen- und Krankenversicherung, sowie in öffentliche Programme des bezuschussten Wohnens zu integrieren. Eine Studie des chinesischen Ministeriums für Landwirtschaft aus dem Jahr 2005 belegt, dass ein entsprechender Versicherungsschutz nur für etwa zehn bis 15 Prozent aller Wanderarbeiter besteht.⁶⁰

1.3.3 Bildung und Ausbildung

Geschätzte sieben bis acht Millionen Kinder von Wanderarbeitern im Alter von sieben bis 14 Jahren leben in chinesischen Städten. Trotz bestehender Schulpflicht haben sie nur beschränkt Zugang zum öffentlichen urbanen Schulsystem. Es werden höhere Schulgebühren als für Schüler mit städtischem *Hukou* erhoben, die Finanzierung ist für viele Eltern unmöglich. Ein großer Teil der Kinder nimmt deswegen die Lehrangebote von sogenannten Migrantenschulen in Anspruch. Diese sind zwar günstiger, dafür aber vergleichsweise schlecht ausgestattet. 16 Prozent der Schulpflichtigen besuchen gar keine Bildungseinrichtung, 87 Prozent der unter Siebenjährigen gehen nicht in den Kindergarten.⁶¹ Weitere Hürden treten spätestens beim angestrebten Besuch von weiterführenden Schulen oder Universitäten auf. Ohne einen urbanen *Hukou* besteht kein Recht auf Teilnahme an Aufnahmeprüfungen städtischer Bildungsinstitutionen.⁶²

1.3.4 Reformen und Hindernisse

Auf lokaler Ebene experimentieren bereits viele Städte mit vereinfachten Bestimmungen zum Umschreiben von ländlichen in städtische *Hukous*. In Shanghai ist dies seit 2009 möglich. Die Auflagen sind allerdings streng. Voraussetzung sind u.a. eine offizielle temporäre Aufenthaltsregistrierung von sieben (!) Jahren, die Erbringung eines Nachweises über siebenjährige Einzahlung ins städtische Sozialversicherungssystem und über einen mittleren Bildungsabschluss.⁶³ In Beijing ist es nunmehr möglich, erworbene Rentenansprüche beim Umzug in andere Städte zu transferieren.⁶⁴

Die Diskussion um die Gleichstellung von Land- und Stadtbevölkerung durch Reform oder Abschaffung des traditionellen *Hukou*-Systems und die damit verbundene Entkoppelung von *Hukou* und sozialer Absicherung beherrscht mittlerweile weite Teile von Wissenschaft, Politik und Medien. Am 1. Mai 2010 kam es im Vorfeld der Tagung des Nationalen Volkskongresses zur Veröffentlichung eines gemeinsamen Editorials von 13 chinesischen Zeitungen. Die Verfasser forderten die Politiker zur raschen Umsetzung von Reformen auf *nationaler Ebene* und langfristigen Abschaffung des Systems auf. Beijing reagierte auf die deutlichen Forderungen der Journalisten mit einer Abstrafung des Hauptverantwortlichen: Der leitende Mitarbeiter der chinesischen Zeitung *Economic Observer* wurde umgehend von seinen Tätigkeiten entbunden.⁶⁵

Immerhin ist die chinesische Führung bemüht, das öffentliche Bild über Wanderarbeiter zu verbessern. Ministerpräsident Wen Jiabao versuchte zuletzt persönlich, die Akzeptanz von Wanderarbeitern durch die städtische Bevölkerung zu fördern. Im Sommer 2010 wies er öffentlich darauf hin, dass die chinesische Gesellschaft die jungen Migranten „wie ihre eigenen Kinder zu behandeln“ habe und ihnen Respekt für ihren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zu zollen sei.⁶⁶

2. Migration von Han-Chinesen in Minderheiten-Gebiete

Über 90 Prozent aller Chinesen werden zur ethnischen Gruppe der Han gerechnet. Daneben existieren 55 offiziell anerkannte nationale Minderheiten. Der Zensus aus dem Jahr 2000 ergab, dass diese mit 106 Millionen Menschen 8,4 Prozent der chinesischen Gesamtbevölkerung ausmachen. Sie sind überwiegend in den fünf autonomen Regionen Tibet, Xinjiang, Innere Mongolei, Guangxi und Ningxia, und damit in fast zwei Dritteln der Landesfläche beheimatet.⁶⁷ Angehörige ethnischer Minderheiten befinden sich weniger häufig unter den Wanderarbeitern als Han-Chinesen, nicht zuletzt, weil viele von ihnen in kaum erschlossenen Bergregionen leben und der hochchinesischen Sprache oft nicht mächtig sind.⁶⁸

Die chinesische Regierung fördert aktiv die Ansiedlung von gut ausgebildeten Han-Chinesen in den Minderheiten-Regionen, indem sie etwa mit überdurchschnittlich hohen Gehaltszahlungen und Steuervergünstigungen lockt. In der Inneren Mongolei und Städten wie

Lhasa und Urumqi⁶⁹ stellen die (häufig für sich lebenden) Han-Chinesen bereits die Mehrheit aller Einwohner. Die chinesische Minderheiten- und Ansiedlungspolitik bringt allerdings eine Reihe von politischen, ökonomischen, kulturellen und sozialen Konflikten mit sich.

So verfügen die fünf autonomen Gebiete⁷⁰ des Landes zwar über politische Sonderrechte, unterstehen aber dennoch der Kontrolle Beijings, da die Kommunistische Partei Chinas (KP) den lokalen autonomen Verwaltungsinstitutionen übergeordnet bleibt. Minderheitenvertreter bemängeln ferner die Tatsache, dass Subventionen im Endeffekt nur für solche Projekte aufgewendet würden, die in erster Linie den (wirtschaftlichen) Interessen der Han-Gebiete im Osten des Landes dienen (zum Beispiel die Erschließung von Rohstoffvorkommen).

Zwar schreibt die chinesische Gesetzgebung den Schutz der Rechte und Interessen anerkannter Minderheiten vor. Allerdings obliegt es der chinesischen Regierung seit den fünfziger Jahren zwischen ‚gesundem‘ und ‚ungesundem‘ Brauchtum zu unterscheiden und damit in das kulturelle und religiöse Leben von Minderheiten einzugreifen. Einige Traditionen werden so gezielt unterdrückt und sind bereits verloren gegangen. Soziales Unruhepotenzial bietet derweil auch die steigende Arbeitslosigkeit unter Angehörigen von Minderheiten. Han-Chinesen werden in Staatsbetrieben mit Verweis auf deren bessere Ausbildung häufig bevorzugt. Hartnäckig halten sich darüber hinaus Vorurteile gegenüber Nicht-Han-Chinesen, sie seien faul und nicht willig zu arbeiten. Vielerorts werden die Traditionen und Bräuche von Minoritäten vermarktet und kommerziell ausgeschlachtet, Touristen müssen viel Geld für einen Besuch in einem der sogenannten Nationalitätendörfer bezahlen.

Viele Minderheiten fühlen sich durch die zunehmende Ansiedlung von Han-Chinesen verunsichert und beklagen den drohenden Niedergang der eigenen Kultur. Der Umgang mit den skizzierten Konfliktfeldern der einzelnen Minderheiten ist unterschiedlich. Manche haben sich mehr oder weniger komplett in das han-chinesische Umfeld integriert. Unter anderem auch deshalb, weil eine gute Schul- und Universitätsausbildung nur mit sehr guten Kenntnissen der hochchinesischen Sprache zu erhalten ist. Minderheiten-Sprachen genießen hingegen keine Priorität innerhalb des chinesischen Bildungswesens.

Bei anderen Minoritäten ist die Revitalisierung von Religion zu beobachten. Dies gilt nicht nur für islamische und buddhistische Glaubensrichtungen, sondern auch für animistische und schamanistische Religionen. Darüber hinaus ist passiver und aktiver Widerstand von einzelnen Minoritäten-Gruppen zu verzeichnen: Einige Gruppen leben ihre Traditionen und Religionen im Untergrund aus (Untergrundmoscheen und -schulen). Andere protestieren offen gegen die Einmischung in soziale Belange oder Brauchtümer ethnischer Minderheiten, gegen lokale Umweltverschmutzung oder die Schließung von Tempeln. Separatistische Strömungen, die sich für ihre Unabhängigkeit von der Volksrepublik einsetzen, konnten vereinzelt insbesondere in Xinjiang und Tibet ausgemacht werden.⁷¹

Dass ein Umdenken in der chinesischen Minderheiten- und Ansiedlungspolitik stattfinden muss, wird zum Beispiel mit Blick auf die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Teilen der Han-Bevölkerung und der uigurischen Minderheit in Urumqi im Juli 2009 deutlich. Aus uigurischer Sicht waren die Proteste durch die benachteiligte Stellung der Uiguren innerhalb der chinesischen Gesamtbevölkerung motiviert. Chinesische Stellen sahen in dem Aufstand hingegen den Verdacht separatistischer, terroristischer und fundamentalistischer Bestrebungen bestätigt.⁷² Tatsache ist, dass die Fronten zwischen den Han-Chinesen und der – in diesem Fall uigurischen – lokalen Minderheit verhärtet sind und dass Beijing den Unmut vieler junger Minderheitenangehöriger über die nicht selten erfahrene strukturelle Ungleichheit ernst nehmen muss (Vergleich Teil II Punkt 2 dieser Arbeit). Das Beispiel Xinjiang zeigt, dass Beijing sich die Nicht-Integration seiner Minderheiten keineswegs leisten kann. Nicht nur das seit 2004 offiziell angestrebte Ziel des Aufbaus einer „harmonischen Gesellschaft“⁷³ steht auf dem Spiel, sondern in diesem Fall auch die Stabilität der gesamten Region und damit nicht zuletzt Beijings Handelsinteressen in Zentralasien.⁷⁴

3. Internationale Migration

Die Anzahl der im Ausland lebenden Chinesen⁷⁵ beträgt staatlichen Angaben zufolge 45 Millionen.⁷⁶ Darunter fallen sowohl im Ausland lebende chinesische Staatsbürger⁷⁷ (ihr Anteil beträgt etwa fünf Prozent) als auch ethnische Chinesen mit anderer Staatsangehörigkeit, die entweder im Ausland geboren oder zu einem späteren Zeitpunkt, z.B. zwecks Aufnahme eines Studiums, emigriert sind.⁷⁸ Zwar han-

delt es sich um eine im Verhältnis zur chinesischen Gesamtbevölkerung kleine Anzahl. Trotzdem ist das Potenzial dieser Gruppe, den sozioökonomischen Fortschritt des Landes voranzutreiben, nicht zu unterschätzen. Chinesische Migrationspolitiken zielen deswegen immer mehr auch auf die Gruppe der gut ausgebildeten und wohlhabenden Auslandschinesen ab. Bei Rückkehr nach China profitieren sie von Begünstigungen bei geplanten Unternehmensgründungen und von staatlich subventionierten Mieten.⁷⁹ Die chinesische Akademie der Wissenschaften verspricht ferner überdurchschnittlich gute Gehaltsaussichten und ein exzellentes Forschungsumfeld.⁸⁰ Bis 2007 waren bereits 30 Millionen Auslandschinesen in die Volksrepublik zurückgekehrt.⁸¹

Die Zahl sonstiger Ausländer, die sich mindestens ein halbes Jahr lang in China aufhalten, belief sich 2007 auf 538.892. Bei mehr als 50 Prozent handelte es sich um Beschäftigte und deren Familienangehörige in Joint-Ventures und hundertprozentig von Ausländern finanzierten Unternehmen sowie deren Familienangehörige.⁸² 2009 verfügten 223.000 Ausländer über eine Arbeitserlaubnis. In Shanghai kamen 80 Prozent der ausländischen Arbeitnehmer aus den USA, Japan, Südkorea, Singapur, Kanada, Australien und europäischen Ländern; knapp 70 Prozent verfügten zumindest über einen Bachelor-Abschluss. Die Beschäftigungsstruktur ausländischer Arbeitnehmer hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. So arbeiten diese nicht mehr ausschließlich in hoch qualifizierten Berufen auf Führungsebene, sondern zunehmend auch in regulären Angestelltenverhältnissen.⁸³

Gerade durch die schnelle Erholung der chinesischen Exportbranche nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise und den erhöhten Arbeitskräftebedarf in Südchina geraten Lokalregierungen in Zusammenhang mit illegaler Einwanderung aus den Anrainerstaaten wie Vietnam unter zunehmenden Druck. Handlungsbedarf besteht auch in Bezug auf den Geltungsbereich des neuen Arbeitsvertragsrechts. Einheitliche nationale Bestimmungen über die Anwendung auf ausländische Arbeitskräfte gibt es bisher nicht. Offen ist auch der Umgang mit den Rechten ausländischer schwangerer Frauen, für die die Ein-Kind-Politik nicht gilt und damit fraglich ist, ob ihnen ein zwei- oder mehrfacher Mutterschutz zusteht.⁸⁴

Die sechste nationale Volkszählung, die am 1. November 2010 begann, wird erstmals auch Daten von auf dem chinesischen Festland lebenden Ausländern und Menschen aus Hongkong, Macau und Taiwan einholen. Dies sei notwendig, um angemessene Migrationspolitiken zu entwerfen,⁸⁵ etwa in Hinblick auf Besteuerung, Versicherung, Familiennachzug sowie staatliche Auszeichnungen für ausländische Spitzenkräfte, die bereit sind, in China zu arbeiten. Ähnlich wie im Falle der Auslandschinesen sollen ausländische Talente von der Attraktivität des chinesischen Arbeitsmarktes, gerade in den Schlüsselindustrien, überzeugt werden.⁸⁶ So hat die Stadt Shanghai Anfang September 2010 eine Richtlinie erlassen, die vorsieht, in den nächsten fünf bis zehn Jahren bis zu 2000 Hochqualifizierte anzuziehen, die zum Ausbau der Stadt zu einem internationalen Finanz- und Schifffahrtszentrum bis 2020 beitragen sollen. Geplant ist außerdem die Aufstockung von Studienplätzen für internationale Studierende.⁸⁷

Bereits mit dem Eintritt Chinas in die WTO am 11. Dezember 2001 hatte die verstärkte Umwerbung ausländischer Fachkräfte und Investoren im Rahmen eines *Green-Card-Systems* begonnen, um Ausländern den langfristigen Aufenthalt in China zu erlauben. Die Bedingungen⁸⁸ für die erfolgreiche Beantragung einer *Green-Card* sind hoch; Halter der Karte sind chinesischen Staatsangehörigen mit Ausnahme politischer Rechte weitestgehend gleichgestellt.⁸⁹ Als Zielgruppe sprechen chinesische Massenmedien allerdings überwiegend die Gruppe der Auslandschinesen an, inklusive Studenten, die ihren universitären Abschluss im Ausland erworben haben.⁹⁰ Diese Art der (indirekten) ethnischen Bevorzugung spiegelt sich in vielen Migrationspolitiken Beijings wider, die sich zwar an alle Ausländer richten, praktisch aber immer wieder ethnische Chinesen bevorzugen. So seien chinesische Auslandsinvestoren lange Zeit als vertrauenswürdiger eingestuft und damit bevorzugt behandelt worden.⁹¹ Diese Praxis erntete nicht zuletzt vor dem Hintergrund des chinesischen WTO-Beitritts im Jahr 2001 vermehrt Kritik aus der internationalen Staatengemeinschaft, die sich auch im Jahr 2010 über diverse Investitionshürden im Reich der Mitte beklagt.⁹²

Vor dem Hintergrund wachsender globaler Verantwortung Chinas und mit Blick auf den Zensus vom November 2010 ist davon auszugehen, dass die Ausgestaltung einer internationalen Migrationspolitik in naher Zukunft einen gewichtigeren Platz auf der tagespolitischen Agenda Beijings einnehmen wird.

TEIL II: IDENTITÄT UND RELIGION

1. Die chinesische Identität

Nicht ethnische Merkmale, sondern vielmehr kulturelle Gemeinsamkeiten und Errungenschaften begründen seit jeher das chinesische Identitätsverständnis. Im Chinesischen lautet der Name Chinas „Zhongguo“, was mit „Reich(e) der Mitte“ übersetzt werden kann und im 3. und 4. Jahrhundert vor Christus zunächst das Reich der herrschenden Zhou-Dynastie bezeichnete. Der Begriff impliziert die gedachte kulturelle Überlegenheit über die Völker der angrenzenden Staaten und wurde zur territorialen Abgrenzung der Zhou, der Zivilisierten, von den Nachbarn, den „Barbaren“ herangezogen. Charakteristisch für das chinesische Identitätsverständnis ist die Eigenschaft, sich einerseits auf die eigenen sozialen und kulturellen Normen zu berufen und sie „dem Anderen“ gegenüberzustellen, andererseits „das Fremde“ in das Eigene zu integrieren.⁹³ Dies gilt auch für Zugehörige anderer Ethnien, die die chinesische Identität einschließen kann. Während der Qing-Dynastie (1644 bis 1911), der letzten Herrscherdynastie vor Gründung des modernen Chinas, umfasste das chinesische Identitätsverständnis zahlreiche soziale Gruppen mit unterschiedlichen kulturellen, religiösen und ökonomischen Einstellungen. Kennzeichnend für diese Zeit war ein traditioneller Patriotismus, der auf Loyalität zum Kaiser basierte. Nach der Niederlage Chinas im Opiumkrieg von 1839 bis 1842 und dem Chinesisch-Japanischen Krieg von 1894 bis 1895 sahen viele Intellektuelle die Notwendigkeit zur Formierung eines starken Nationalstaates, um sich gegen die Einflüsse westlicher Mächte wehren zu können. Dies wäre ohne die nicht han-chinesische Bevölkerung, die 50 bis 60 Prozent des chinesischen Territoriums besiedelte, nicht realisierbar gewesen. Und so betrachteten chinesische Nationalisten nach dem Zerfall des Qing-Reiches im Jahr 1912 die gesamte – ethnisch stark differenzierte – Bevölkerung auf chinesischem Territorium als ein und dieselbe politische Gemeinschaft. Die KP trat ab Gründung der VR China 1949 für ein noch stärkeres politisches Identitätsverständnis ein und fokussierte dabei die Multi-Ethnizität des chinesischen Staates, die sie als Partei als Ganzes repräsentiere.⁹⁴ Dieses offizielle nationale Identitätsverständnis spiegelte sich in der ersten chinesischen Verfassung von 1954 wider:

„Alle Nationalitäten unseres Landes sind in einer einzigen großen Familie freier und gleichberechtigter Völker vereinigt. Diese Einigkeit wird sich, gestützt auf die wachsende Freundschaft und gegenseitige Hilfe aller Nationalitäten unseres Landes und gestützt auf den Kampf gegen Imperialismus, gegen die Volksfeinde innerhalb jeder dieser Nationalitäten, gegen Großmachtchauvinismus und lokalen Nationalismus unentwegt festigen.“⁹⁵

Die Verfassung der VR China von 1954 garantierte darüber hinaus den Schutz von Interessen und Rechten der im Ausland lebenden Chinesen. Rückkehrer wurden zu dieser Zeit ausnahmslos aufgenommen und man gewährte ihnen die doppelte Staatsbürgerschaft. Bis Mitte der fünfziger Jahre sah die chinesische Regierung in den im Ausland, insbesondere in südostasiatischen Nachbarstaaten lebenden Chinesen, unabhängig davon, ob sie die chinesische Staatsangehörigkeit besaßen oder nicht, Verbündete bei der Verbreitung des Kommunismus.⁹⁶

Als sich herausstellte, dass der Kommunismus unter den im Ausland verbliebenen Chinesen wenig Resonanz fand, entschloss sich Beijing, die bisherige Duldung der doppelten Staatsbürgerschaft einzustellen. Die veränderte Einstellung zur chinesischen nationalen Identität zeigte sich durch die Re-Definition des Begriffs *Huaqiao*, der bis dato sämtliche im Ausland lebenden Chinesen bezeichnet hatte, unabhängig von der Staatsbürgerschaft. *Huaqiao* meinte ab sofort ausschließlich jene Auslandschinesen mit chinesischer Staatsbürgerschaft. Alle anderen wurden (und werden bis heute) nunmehr *Huaren* (wörtlich: chinesische Person) oder *Huayi* (chinesischer Nachfahre) genannt. Die Unterscheidung vergrößerte die emotionale Distanz zwischen ethnischen Chinesen mit und ohne chinesischer Staatsbürgerschaft. Letztere profitierten nicht länger von bildungspolitischen Förderprogrammen des chinesischen Staates, etwa zum Erwerb der chinesischen Sprache, so dass die Mehrheit aller chinesischen Kinder in Indonesien Ende der siebziger Jahre kein Chinesisch beherrschte.⁹⁷

Im Zuge der Reform- und Öffnungspolitik forderten Spitzenpolitiker schließlich die Neuausrichtung im Umgang mit den Auslandschinesen und die KP wendete sich einem neuen Identitätsverständnis zu, indem sie eine Form von Nationalismus propagierte, die auf die biologische Verbundenheit der verschiedenen Ethnien Chinas verwies.⁹⁸

Staatliche Regierungsstellen verkündeten seit den achtziger Jahren die Idee des Chinesischen Drachens als gemeinsames Symbol aller Chinesen sowie die Konzeption des Gelben Kaisers, den Urvater aller Chinesen, über den sämtliche ethnische Chinesen, unabhängig von Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsort, mit dem chinesischen Staat verbunden seien.⁹⁹ Formal existiert die Unterscheidung zwischen *Huaqiao* und *Huayi/Huaren* zwar fort, in der migrationspolitischen Praxis verlor sie aber im Laufe des chinesischen Modernisierungsprozesses an Bedeutung.¹⁰⁰ Denn das neue Identitätsverständnis war nicht zuletzt auch ökonomisch motiviert. So sollten im Ausland lebende ethnische Chinesen (die meisten waren keine chinesischen Staatsbürger, verfügten aber über finanzielles Kapital und/oder hohe Bildungsabschlüsse) dazu bewegt werden, einen Beitrag zur wirtschaftlichen Modernisierung ihres Mutterlandes zu leisten.¹⁰¹ In der Folge wurde eine Reihe von Gesetzen erlassen, die investitionsbereiten zurückkehrenden Auslandschinesen nicht nur Bürgerrechte und soziale Rechte einräumten, sondern auch politische.¹⁰² Nach der Niederschlagung der Studentenproteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Jahr 1989 verschärfte Beijing die Bestimmungen für Auslandschinesen ohne chinesische Staatsbürgerschaft.¹⁰³ Dem WTO-Beitritt Chinas folgte die – bis heute anhaltende – schrittweise Liberalisierung des Zugangs zum chinesischen Markt für ausländische Gesellschaften, was nicht zuletzt auch Reformen im liberaleren Umgang mit langfristig in China verweilenden Ausländern beinhaltet.¹⁰⁴

Es ist anzunehmen, dass die überwiegende Mehrheit der Chinesen heute weltweit ein kulturelles Identitätsverständnis besitzt, das durch eine mehrere tausend Jahre alte gemeinsame Geschichte, eine Schrift, in der sich die verschiedenen Han-Sprachen und -Dialekte vereinen sowie durch geteilte Aspekte der Alltagskultur (darunter bestimmte Essgewohnheiten) die große Verbundenheit zueinander und zur Volksrepublik herstellt.¹⁰⁵

Die KP ist seit jeher maßgeblich an der Konstruktion der individuellen und kollektiven chinesischen Identität beteiligt, nicht zuletzt, um die gesellschaftliche Integration und ihre politische Legitimität zu gewährleisten. Insbesondere dem chinesischen Staatsfernsehen kommt dabei eine bedeutende Rolle zu, denn es stellte bis in die späten achtziger Jahre hinein überwiegend einheitliche Identifikationsmuster bereit. Die zunehmende Internationalisierung des

Landes, die sich auch auf die Programminhalte der Massenmedien auswirkt – so werden mittlerweile ausländische Fernsehserien ausgestrahlt – hat dazu geführt, dass westliche Lebensstile und Wertvorstellungen vermittelt werden, die der Orientierung eigener Identitätsfindung dienen.¹⁰⁶ Die KP muss in Kauf nehmen, dass es mitunter zur Herausbildung von Identitäten kommt, die nicht mit ihren bevorzugten Idealen in Einklang stehen. Die Pluralisierung der Identifikationsmuster wird auch mit Blick auf die Lokalmedien deutlich: Hier existiert mittlerweile eine große Bandbreite an Programmen und Sendungen in regionalen Dialekten, wodurch wiederum die Herausbildung von Identifikationsmustern mit örtlichem Bezug gefördert wird, die sowohl im Gegensatz als auch in Ergänzung zu der von Beijing gewünschten nationalen Identität stehen können.¹⁰⁷ Dasselbe gilt für die sogenannten *Bulletin Boards*, Foren im chinesischen Internet, in denen sich anonym zu politischen, kulturellen und alltäglichen Themen ausgetauscht wird. Eine qualitative Studie von Karsten Giese aus dem Jahr 2005 kommt zu dem Schluss, dass die hier stattfindenden identitätsrelevanten Diskurse nicht nur virtuelle Identitäten herausbilden, sondern vielmehr einen Wirklichkeitsbezug aufweisen und sich damit unmittelbar auch auf die Konstruktion realer Identitäten auswirkt.¹⁰⁸

Aus den Untersuchungsergebnissen zieht Giese mit Blick auf die mitunter heftige Kritik an einzelnen Politikern und politischen Vorkommnissen den Schluss, dass die chinesische Identität nicht zwangsläufig an die KP gebunden ist. Gleichzeitig beobachtet er eine hohe geografische Verbundenheit, die sich zum Beispiel in einer kollektiven Identität als Bürger Shanghais, Beijings etc. ausdrückt.¹⁰⁹

Die KP sieht derzeit zwar (noch) kein Gefahrenpotenzial in der Herausbildung von KP-kritischen Identitätszügen im Internet, sondern stuft die Foren vielmehr als wünschenswertes Ablassventil für individualisierte und damit nicht-organisierte Kritik innerhalb begrenzt öffentlicher Räume ein. Das schränkt die Möglichkeit allerdings nicht ein, dass sich der mediale Einfluss auf die Pluralisierung von Identifikationsmustern zukünftig verstärken und die Einflussnahme der KP entsprechend zurückgehen wird.¹¹⁰

2. Beijings ambivalentes Verhältnis zu Religions- und Glaubensgemeinschaften

Während jegliche Form von Religion zu Zeiten der Kulturrevolution (1967 bis 1976) aktiv unterdrückt wurde, ist die Religionsausübung in der VR China seit den späten siebziger Jahren innerhalb eines streng abgesteckten gesetzlichen Rahmens wieder erlaubt. Entsprechend genießen chinesische Staatsbürger laut gültiger Verfassung von 1982 Glaubensfreiheit, anerkannte Religionen sind neben Buddhismus, Daoismus und Islam die beiden christlichen Glaubensrichtungen Protestantismus und Katholizismus.¹¹¹ Ausländern in China ist die Religionsausübung gestattet, sofern sie innerhalb der in der Volksrepublik dafür registrierten Einrichtungen erfolgt. Missionarische Tätigkeiten sind nur begrenzt möglich.¹¹² In der Praxis unterliegt die Religionsausübung starken Beschränkungen: So werden nur „normale religiöse Tätigkeiten“ zugelassen, nicht aber „Aktivitäten, die die öffentliche Ordnung stören, der körperlichen Gesundheit von Bürgern schaden oder das Erziehungssystem des Staates beeinträchtigen“. Der chinesische Staat gesteht sich einen großen Spielraum bei der Unterscheidung von illegalen und legalen religiösen Praktiken zu¹¹³, beeinflusst die Verwaltung der Kirchen und die Besetzung religiöser Posten sowie die Inhalte theologischer Ausbildung.¹¹⁴

Wie viele Chinesen als religiös einzustufen sind, ist nicht eindeutig zu bestimmen. Seit den neunziger Jahren beziffern offizielle Stellen die Zahl der Gläubigen unter den fünf anerkannten Religionen mit etwa 100 Millionen (weniger als neun Prozent der Gesamtbevölkerung). Allerdings umfassen diese Angaben lediglich die religiös Aktiven in offiziell-registrierten Einrichtungen.¹¹⁵ Es ist davon auszugehen, dass weitere 200 Millionen Menschen ihre Religionsausübung in den Untergrund, also in die (Halb-)Illegalität verlagern.¹¹⁶

Religionen können sowohl integrativ als auch spalterisch wirken. In China haben innere soziale Spannungen häufig eine religiöse Komponente, wie der erneute Blick auf Xinjiang verdeutlicht. Die sozio-ökonomischen Ungleichheiten des Landes sind – dies wurde bereits aufgezeigt – auch in dieser Region zu beobachten und stimmen viele der hier lebenden Uiguren unzufrieden. Gegen die Regierung gerichtete Proteste werden von führenden Politikern grundsätzlich innerhalb der drei Übel Terrorismus, Separatismus und Fundamentalismus verurteilt und weitestgehend brutal unterdrückt, ohne zu berücksich-

tigen, dass es sich – ganz unabhängig von Religion – um grundsätzlichen Protest gegen strukturelle Ungleichheit im Allgemeinen handeln könnte.¹¹⁷ Bisweilen entspricht der Kampf gegen Separatismus dem Kampf gegen islamische Religionsausübung. So etwa während des Ramadan 2008, als Gläubige gezwungen wurden, ihre Bärte abzuschneiden und Moscheebesuche zu reduzieren. Diese Praktiken entfalten weniger die intendierte integrative Wirkung, sondern verstärken vielmehr die ohnehin schon bestehenden Ressentiments zwischen (hier exemplarisch) uigurischer Minderheit und Han-Chinesen.¹¹⁸

Trotz aller Anstrengungen, die Religiosität innerhalb der chinesischen Bevölkerung einzudämmen, verzeichnen verschiedene Glaubensrichtungen einen immer größer werdenden Zulauf, darunter insbesondere das protestantische Christentum. Auch wenn Beijing vorerst an seiner stark regulierten nationalen Religionspolitik festhält, sind zumindest auf Lokalebene Liberalisierungen zu beobachten. Dazu zählt zum Beispiel die Errichtung von religiösen Institutionen für Zugehörige von Religionsgemeinschaften außerhalb der offiziell anerkannten Glaubenseinrichtungen in Shanghai im Vorfeld der EXPO 2010.¹¹⁹

Beijing hat mittlerweile eingestanden, dass die chinesische Gesellschaft durchaus empfänglich für eine Vielzahl unterschiedlicher Religionen ist. Entsprechend hat das Thema Religion heute einen festen Platz auf der politischen Agenda der noch immer „atheistischen“ KP eingenommen. Die politische Führung propagiert im Rahmen des „Konzepts der harmonischen Gesellschaft“ zunehmend die bedeutende Rolle von Religion für den Erhalt sozialer Stabilität und die Entwicklung linearen wirtschaftlichen Fortschritts.¹²⁰ So tolerieren lokale Behörden vielerorts nicht nur traditionelle religiöse Feste, sondern stellen gezielt Finanzmittel zur Renovierung von Tempeln, Klöstern und anderen Glaubenseinrichtungen bereit, um sowohl das subjektive Wohlbefinden der Bürger zu erhöhen als auch um den regionalen Tourismus zu stärken.¹²¹ Die Berufung auf in der Han-Kultur verankerte konfuzianische, daoistische und buddhistische Werte ist zu einem beliebten Mittel Beijings geworden, das Land auf internationalen Großveranstaltungen (wie EXPO und Olympische Spiele) nach außen hin als imposante Kulturnation zu präsentieren.¹²²

Die KP hat erkannt, dass Religion nicht einfach ausgeblendet werden kann. In ihrer Politikgestaltung muss sie diese Tatsache allerdings stärker als bisher berücksichtigen, allein schon aufgrund des ureigenen Interesses an gesellschaftlicher Stabilität, die wiederum systemstützend wirkt und das Überdauern der etablierten Herrschaftsstrukturen mittelfristig garantiert.

Abschließend soll noch einmal festgehalten werden, dass der Reformdruck der chinesischen Regierung bezüglich weiterer Anpassungen der Migrationspolitiken enorm ist. Im Bereich der internationalen Migration werden Änderungen und Neuregelungen sicherlich zeitnah nach Erhebung des Zensus im November zu erwarten sein. Was die Neuausrichtung von Gesetzen zur Regelung innerchinesischer Wanderungsgeschehen angeht, bleibt abzuwarten, wie Beijing auf den – national und international – zunehmenden Druck zur Lockerung des *Hukou*-Systems reagiert. Eine Kehrtwende im Umgang mit Konflikten, die eine religiöse Komponente aufweisen, steht ebenfalls erst noch aus.

- 1| *Der Begriff ‚Wanderarbeiter‘ meint Chinesen mit Wohnsitz auf dem Land, die zwecks Arbeitssuche vorübergehend in die Städte migrieren. Es handelt sich also um innerchinesische Arbeitsmigranten.*
- 2| *Vgl. Shan 2010.*
- 3| *Vgl. MarketWatch 2010.*
- 4| *Der Begriff ‚ethnische Chinesen‘ umfasst Menschen chinesischer Abstammung, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft.*
- 5| *Wo-Lap Lam 2010.*
- 6| *Vgl. Chan 2010, S. 357f.*
- 7| *Deng Xiaoping gilt als der eigentliche Nachfolger Mao Zedongs. Sein Name steht in enger Verbindung zum Programm der ‚Vier Modernisierungen‘, der Modernisierung von Landwirtschaft, Industrie, Verteidigung und Wissenschaft, die in den späten 1970er Jahren den chinesischen Reformprozess einleiteten.*
- 8| *Vgl. Li 2008, S. 1.*
- 9| *Vgl. Cai et al. 2009, S. 2.*
- 10| *Vgl. Schmidt-Glintzer 2006, S. 99.*
- 11| *Bis heute besteht ein krasses wirtschaftliches und soziales Gefälle von Ost- über Zentral- bis nach Westchina. Verallgemeinernd gilt die Aussage, dass Industrie und Wirtschaft in den Küstenregionen am weitesten entwickelt sind.*
- 12| *Vgl. Li 2008, S. 3.*
- 13| *Vgl. ebd.*
- 14| *Vgl. ebd.*
- 15| *Vgl. ebd.*

- 16| Vgl. Chan 2010, S. 363.
- 17| Vgl. Cai et al 2009, S. 3.
- 18| Vgl. People's Daily Online 2010.
- 19| Die städtische Bevölkerung verfügte 2009 über ein jährliches Netto-Einkommen von 17.175 Yuan pro Kopf (circa 2.550 US Dollar), der ländlichen Bevölkerung stand ein durchschnittliches Einkommen von 5.153 Yuan pro Kopf (circa 765 US Dollar) zur Verfügung. (Vgl. China Daily März 2010).
- 20| Ausländische Direktinvestitionen im Westen Chinas stiegen von 8 Prozent im Jahr 2005 auf 14 Prozent im Jahr 2008 (vgl. Roland Berger Strategy Consultants, S. 15).
- 21| Vgl. Li 2008, S. 6.
- 22| Vgl. Li 2008, S. 7.
- 23| Mit dem Frühjahrsfest wird das chinesische Neujahr willkommen geheißen. Die mehrtägigen gesetzlichen Feiertage nutzen viele Wanderarbeiter, um ihre Familien in den Heimatdörfern zu besuchen.
- 24| Vgl. Wanner 2010.
- 25| Vgl. nrc handelsblad 2010.
- 26| Vgl. Li 2008, S. 10.
- 27| Vgl. Amnesty International 2007, S. 25.
- 28| Vgl. China Labour Bulletin 2008.
- 29| Vgl. Tuñón 2006, S. 8.
- 30| Vgl. ebd.
- 31| Vgl. ebd., S. 11.
- 32| Vgl. ebd., S. 9.
- 33| Vgl. ebd., S. 10.
- 34| Vgl. Huang et al. 2003, S. 12.
- 35| Vgl. Tuñón 2006, S. 6.
- 36| Vgl. ebd., S. 10.
- 37| Vgl. Li 2008, S. 9.
- 38| Vgl. Tuñón 2006, S. 10.
- 39| Von 1998 bis 2005 stieg die Zahl privater Unternehmen von 10.667 auf 123.820. Die Anzahl von Unternehmen mit Auslandskapital wuchs im selben Zeitraum um 113 Prozent, von 26.442 auf 56.387 (Vgl. Li 2008, S. 8f.).
- 40| Inwiefern dies zukünftig noch möglich sein wird, bleibt abzuwarten. Zunehmende Streiks und Proteste von Wanderarbeitern gegen schlechte Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne haben 2010 bereits zu Gehaltssteigerungen von bis zu über 50 Prozent geführt (vgl. Migration News 2010).
- 41| Vgl. Li 2008, S. 9.
- 42| Vgl. ebd., S. 3.
- 43| Vgl. Yeung 2007, S. 1.
- 44| Vgl. Tuñón 2006, S. 10.
- 45| Vgl. Cai et al 2009, S. 7.
- 46| Vgl. Tuñón 2006, S. 10.
- 47| Vgl. ebd., S. 11.
- 48| Vgl. Li 2008, S. 12.
- 49| Vgl. ebd., S. 13.
- 50| Vgl. ebd.
- 51| Vgl. Erling Juni 2010.
- 52| Vgl. Cai et al. 2009, S. 10.
- 53| Vgl. Li 2008, S. 14.
- 54| Vgl. ebd.
- 55| Vgl. Cai et al. 2009, S. 12.

- 56| Vgl. Li 2008, S. 15.
- 57| Vgl. Tuñón 2006, 15.
- 58| Vgl. ebd., S. 12f.
- 59| Vgl. Cai et al. 2009, S. 12.
- 60| Vgl. Li 2008, S. 16f.
- 61| Vgl. ebd., S. 17.
- 62| Vgl. Tuñón 2006, S. 15.
- 63| Vgl. China Daily Februar 2009.
- 64| Vgl. Richburg 2010.
- 65| Vgl. Population and Development Review 2010, S. 405f.
- 66| Vgl. China Daily Online Juni 2010.
- 67| Vgl. Heberer 2005.
- 68| Vgl. Huang 2003, S. 10.
- 69| Urumqi ist die Hauptstadt der westchinesischen Provinz Xinjiang. Nur 12 Prozent der Stadtbevölkerung von Urumqi gehören der uigurischen Minderheit an. Ihr Anteil an der Provinzbevölkerung beträgt 47 Prozent (vgl. Godehardt 2009, S. 4).
- 70| Zu den fünf autonomen Gebieten Chinas zählen Guangxi, Innere Mongolei, Ningxia, Tibet und Xinjiang.
- 71| Vgl. Heberer 2005.
- 72| Vgl. Godehardt 2009, S. 2.
- 73| Eine ausführliche Darstellung des Konzepts der harmonischen Gesellschaft ist unter <http://german.china.org.cn/german/163471.htm> verfügbar.
- 74| Vgl. Godehardt 2009, S. 5.
- 75| Eine ausführliche Darstellung chinesischer Emigration liefert Ronald Skeldon in seinem Aufsatz ‚Migration from China‘, 1996 erschienen im Journal of International Affairs, 49 (2), S. 434-454.
- 76| Vgl. Wo-Lap Lam 2010.
- 77| Die chinesische Staatsangehörigkeit erhält, wer bei Geburt mindestens über einen Elternteil mit chinesischer Staatsangehörigkeit verfügt. Sie kann ferner durch Einbürgerung erlangt werden (vgl. GovHK 2010).
- 78| Vgl. Skrentny et al. 2007, S. 802.
- 79| Vgl. Klemm 2004, S. 1110ff.
- 80| Vgl. Alexander von Humboldt Stiftung 2010.
- 81| Vgl. Skrentny et al 2007, S. 802.
- 82| Vgl. Market Watch 2010.
- 83| Vgl. Sun et al. 2010.
- 84| Vgl. ebd.
- 85| Vgl. Chen 2010.
- 86| Vgl. English.news.cn 2010.
- 87| Vgl. Gao 2010.
- 88| Die Bedingungen im Einzelnen können unter <http://www.visalawint.com/index.aspx?page=VisaMattersInChina> abgerufen werden (letzter Zugriff am 25.09.2010).
- 89| Vgl. Fan 2009.
- 90| Vgl. Choe 2006, S. 101.
- 91| Vgl. ebd., S. 100.
- 92| Vgl. Erling September 2010.
- 93| Vgl. Höhenrieder et al. 2005, S. 82.
- 94| Vgl. Choe 2006, 90f.
- 95| Vgl. Verfassungen der Volksrepublik China 2006.
- 96| Vgl. Choe 2006, S. 97.
- 97| Vgl. ebd., S. 98f.
- 98| Vgl. ebd., S. 92.
- 99| Vgl. Skrentny et al. 2007, S. 805.

- 100| Vgl. Choe 2006, S. 100.
- 101| *In der Tat waren 1989 und 1999 über 70 Prozent aller Auslandsinvestitionen von Auslandschinesen aus Übersee und Hongkong, Macau und Taiwan getätigt worden (vgl. ebd., S. 101).*
- 102| Vgl. ebd.
- 103| Vgl. ebd.
- 104| Vgl. ebd.
- 105| Vgl. Höhenrieder et al. 2005, S. 82.
- 106| Vgl. Giese 2005, S. 37.
- 107| Vgl. ebd., S. 38.
- 108| Vgl. ebd., S. 43.
- 109| Vgl. ebd., S. 45f.
- 110| Vgl. ebd., S. 48.
- 111| Vgl. Meyer 2009.
- 112| Vgl. China Zentrum 2000.
- 113| Vgl. Meyer 2009.
- 114| Vgl. Weber 2008.
- 115| *In China existieren neben dem legalen religiösen Markt (sogenannter roter Markt), ein weiterer grauer und schwarzer Markt, in dem religiöse Aktivitäten entweder toleriert (grauer Markt) oder strikt verboten sind und verfolgt werden (schwarzer Markt). Vgl. Fenggang 2006, S. 93ff.*
- 116| Vgl. Fenggang 2006, S. 102ff.
- 117| Vgl. Godehardt 2009, S. 4.
- 118| Vgl. Madsen 2010.
- 119| Vgl. ebd.
- 120| Vgl. Cody 2008.
- 121| Vgl. Madsen 2010.
- 122| Vgl. ebd.

QUELLENANGABEN

1. Literatur

Cai, Fang; Du, Yang; Wang, Mei Yan: „Human Development Research Paper 2009/09. Migration and Labor Mobility in China“. Research Paper herausgegeben vom United Nations Development Programme (UNDP), April 2009.

Chan, Kam Wing: „The Household Registration System and Migrant Labor in China: Notes on a Debate“, in: *Population and Development Review* 36 (2), Juni 2010, S. 357-364.

Chou, Hyun: „National Identity and Citizenship in the People’s Republic of China and the Republic of Korea“, in: *Journal of Historical Sociology* 19 (1), März 2006, S. 84-118.

Fenggang, Yang: „The red, black, and gray markets of religion in China“, in: *The Sociological Quarterly* 47, 2006, S. 93-122.

Höhenrieder, Brigitte; Rose, „Christina: Ist globale Identität denkbar? Versuche über einen Begriff“, in: Badura, Jens; Rieth, Lothar.

Huang, Ping; Pieke, Frank: „China migration country study. Paper presented at the Conference on Migration, Development and Pro-Poor Policy“, in: *Choices in Asia*, Dhaka, 22-24 Juni 2003.

Klemm, Birte: „Reverse Brain Drain – Das Werben der chinesischen Regierung um die Auslandsstudenten“, in: *Journal of Current Chinese Affairs - China aktuell* 33 (10), Oktober 2004, S. 1109-1114.

Li, Shi: *Rural Migrant Workers in China: „Scenario, Challenges and Public Policy“*. ILO Working Paper No. 89, Juni 2008.

Roland Berger Strategy Consultants: *Die Go-West-Strategie der chinesischen Regierung. Chancen für die deutsche Wirtschaft? Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie*, Oktober 2009.

Tuñón, Max: *Internal Labour Migration in China: Features and Responses*. Beijing: International Labour Organisation (ILO) 2006.

2. Online

Alexander von Humboldt Stiftung: „Wir brauchen mehr Freiraum für wissenschaftliche Kreativität“, ohne Datum. URL: <http://www.humboldt-foundation.de/web/3083.html>, letzter Zugriff am 25.09.2010.

Amnesty International: *People's Republic of China. Internal migrants: Discrimination and abuse. The human cost of an economic 'miracle'*. AI Index ASA 17/008/2007, März 2007.

Chen, Jia: „Census privacy guaranteed for foreigners“, in: *China Daily Online*, 14.07.2010. URL: http://www.chinadaily.com.cn/china/2010-07/14/content_10102336.htm.

„Highlights of Wen's Government Work Report“, in: *China Daily Online* 05.03.2010. URL: http://www.chinadaily.com.cn/china/2010npc/2010-03/05/content_9541766.htm.

„Hukou reform significant“, in: *China Daily Online* 25.02.2009. URL: http://www.chinadaily.net/china/2009npc/2009-02/25/content_7516170.htm.

„Wen calls for improving migrant workers' living conditions“, in: *China Daily Online* 06.2010. URL: http://www.chinadaily.com.cn/china/2010-06/15/content_9978294.htm.

„The children of migrant workers in China“, in: *China Labour Bulletin*, 26.11.2008. URL: <http://www.clb.org.hk/en/node/100316>.

China Zentrum e.V.: „Religiöse Aktivitäten von Ausländern in China.“ in: *China heute* 2000, Nr. 6, S. 198-200. URL: <http://www.china-zentrum.de/26-09-2000-Religioese-Aktivitaeten-von-Auslaendern-in-China.107.0.html?&L=1%27%20and%20char%28124%29%2Buser%2Bchar%28124%29%3D0%20and%20%27%27%3D%27>.

Weber, Anton P.: „Fremdkörper oder Partner? Zum Verhältnis von Christentum und Staat in der Volksrepublik China nach 1949“, in: *Zeitzeichen - evangelische Kommentare zu Religion und Gesellschaft*, März 2008, S. 30-32. URL: <http://www.china-zentrum.de/Religionspolitik.41.0.html?&L=0>.

Cody, Edward: „Chinese government rethinks religion. Communist Part now believes faith can restore social harmony.“ in: *Houston Belief*, 25.01.2008. URL: <http://www.chron.com/disp/story.mpl/life/religion/5486863.html>.

English.news.cn: „China adopts more open policy to attract foreign talents“, 08.06.2010. URL: http://news.xinhuanet.com/english2010/china/2010-06/08/c_13338176.htm.

„Chinese labor shortage drives up wages“, in: *nrc handelsblad*, 04.03.2010. URL: http://www.nrc.nl/international/article2496895.ece/Chinese_labour_shortage_drives_up_wages.

Erling, Johnny: „Warum Chinas Billiglohnarbeiter aufbegehren“, in: *Welt Online*, 02.06.2010. URL: <http://www.welt.de/wirtschaft/article7884156/Warum-Chinas-Billiglohnarbeiter-aufbegehren.html>.

Erling, Johnny: „Firmen jammern über Investitionshürden in China“, in: *Welt Online*, 02.09.2010. URL: <http://www.welt.de/wirtschaft/article9357775/Firmen-jammern-ueber-Investitions-Huerden-in-China.html>.

Giese, Karsten: „Freier Diskurs oder perfekter Überwachungsstaat? Identity Work im chinesischen Internet“, in: *CHINA aktuell*, 1/2005, S. 35-51.

Godehardt, Nadine: „Unruhen in Xinjiang. Anzeichen für gravierende Probleme in Chinas ‚harmonischer Gesellschaft‘“, in: *GIGA Focus Asien*, Nr. 8/2009. 2009.

GovHK: „Nationality Law of the People’s Republic of China“, März 2010. URL: <http://www.gov.hk/en/residents/immigration/chinese/law.htm>.

Heberer, Thomas: *Ethnische Minderheiten*, 01.10.2005. URL: http://www.bpb.de/themen/F6CTGR,0,0,Ethnische_Minderheiten.html.

Madsen, Richard: „Pre-Modern Religious Policy in Post-Secular China“, in: *Eurasia Review*, 13.06.2010. URL: <http://www.eurasiareview.com/201006133104/pre-modern-religious-policy-in-post-secular-china.html>.

Meyer, Christian: *Religionen in China*. Bundeszentrale für politische Bildung, 01.10.2009. URL: http://www.bpb.de/themen/JBOYIR,0,Religionen_in_China.html.

MarketWatch: „China reported overhauling immigration policy.“ 24.05.2010. URL: <http://www.marketwatch.com/story/china-reportedly-overhauling-immigration-policy-2010-05-24>.

Migration News: „China. Migrants, Strikes“, Juli 2010, Vol. 17 Nr. 3. URL: http://migration.ucdavis.edu/mn/more.php?id=3621_0_3_0.

Population and Development Review: „A Call for Reform of China’s Household Registration System“, in: *Population and Development Review* 36 (2), Juni 2010, S. 405-412.

Richburg, Keith: „China hukou, ‚system‘ deemed outdated as way of controlling access to services“, in: *The Washington Post Online*, 15.08.2010. URL: http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2010/08/14/AR2010081402009_2.html.

Schmidt-Glintzer, Helwig: *Das Neue China. Von den Opiumkriegen bis heute*. 4., überarbeitete Auflage, Nördlingen: Beck 2006.

Skrentny, John; Chan, Stephanie; Fox, Jon; Kim, Denis: „Defining Nations in Asia and Europe. A Comparative Analysis of Ethnic Return Migration Policy“. In: *IMR* 41 (4), Winter 2007, S. 793-825.

Sun, Lin; Cui Yana: „Make law work for foreign workers“, in: *China Daily Online*, 21.07.2010. URL: http://www.chinadaily.com.cn/opinion/2010-07/21/content_11028294.htm.

Verfassungen der Volksrepublik China: Verfassung der Volksrepublik China (erste Mao-Verfassung) vom 20. September 1954. 06.-07.02.2006. URL: <http://www.verfassungen.net/rc/verf54-i.htm>.

Wanner, Claudia: „Engpass in China. Der Weltfabrik gehen die Arbeiter aus“, in: *Spiegel Online*, 07.03.2010. URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,681537,00.html>.

Wo-Lap Lam, Willy: „China’s thinker pack and go“, in: *Asia Times online*, 10.08.2010. URL: Vgl. http://www.atimes.com/atimes/China_Business/LH10Cb01.html.